

# SOLIDARITÄT



## Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3 gefaltete Pettizeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 44 • 38. Jahrgang

Berlin, den 29. Oktober 1932

## Die Gewerkschaften warnen in letzter Stunde

Im großen Sitzungsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats fand am 18. Oktober eine gemeinsame Bundesausschussung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes in Form einer öffentlichen Kundgebung statt. Der Vorsitzende des ADGB, Kollege Leipart, eröffnete die Sitzung und begrüßte die Vertreter der Behörden, die Gäste und die Presse. Als Vertreter der Reichsregierung war Ministerialdirektor Dr. Söhler erschienen. Der Vorsitzende gab das Entschuldigungsschreiben des Reichszanzlers bekannt, wobei er bedauerte, daß der Reichszanzler eine lebhaftige Versammlungstätigkeit im Kreise der Unternehmer betriebe, aber zu einer Veranstaltung der Arbeiter leider nicht die Zeit finde. Die gegenwärtige Zeit, so führte Leipart weiter aus, ist reich an politischen Spannungen. In dieser Zeit der scharfen Spannung ist es Pflicht einer jeden Regierung, die auseinandertretenden Kräfte des Volkes zusammenzuhalten. Mit ihrem Reden und Handeln treibt aber die Regierung einen Keil nach dem andern in das Volk. Der Reichszanzler v. Papen hat vor einigen Tagen erst noch erklärt, daß die Regierung keine Feinde des Volkes seien, die sich nicht hinter die Regierung stellen. Will man etwa die Millionen Arbeiter und Angestellten, die bei der Wahl gegen die Regierung stimmten, als Feinde des Volkes bezeichnen? Die überhebliche Art, mit der die Regierung ihre Gegner abzufertigen versucht, muß energig zurückgewiesen werden. Es ist unfair, den Gewerkschaften die Schuld daran zuzuschreiben, daß der Anturbeulungsplan nicht besser funktioniert. Die Gewerkschaften haben als erste den Ruf nach Arbeitsbeschaffung erschallen lassen. Auf einem Sonderkongreß haben sie das ganze Problem vor aller Öffentlichkeit behandelt. Die Gewerkschaften haben ein teures Gut zu verwalten: die bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen. Diese müssen sie sichern und erhalten, nicht zuletzt im Interesse der Arbeitslosen. Die Gewerkschaften treten ein für das Recht der Arbeiterschaft und kämpfen gegen jede Regierung, die es einzunehmen versucht.

Der Kollege Tarnow sprach daraufhin zu dem Thema „Der Wirtschaftsplan der Reichsregierung und die Gewerkschaften“. Er begann seine durchschlagenden Ausführungen mit der Schilderung der kolossalen Verluste, die die Krise in der Welt und insbesondere in Deutschland hervorgerufen hat. Er streifte den Arbeitsbeschaffungsplan der Gewerkschaften, um dann den Regierungsplan unter die Lupe zu nehmen. Die Gewerkschaften wollten zwei Milliarden für tatsächliche und unmittelbare Arbeitsbeschaffung, der Regierungsplan will für 2,2 Milliarden Mark Steuererlöse unter die Unternehmer verteilen. Der Weg zur direkten Arbeitsbeschaffung wurde nicht besprochen, sondern man glaubte, die private Unternehmerinitiative als Mittel zur Krisenüberwindung betrachten zu dürfen. Die angeblich so konservative Regierung huldigt dem ultraliberalen Grundsatz: „Alles, was den Unternehmungsgeist im Lande stärkt, zur Geschäftsbelebung und zur Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes führt, ist Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes.“ Diese Formel ist zu einseitig und zu einfach, um als sozialökonomisches Gesetz gelten zu können. Wir stellen ihr eine andere These entgegen, die eigentlich auch der konservativen Staatsgesinnung des Herrn Reichszanzlers viel näher stehen müßte als der von ihm vertretene ultraliberalistische Grundsatz:

„Die Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klassen abgestellt ist, die der Erhaltung und Ver-

besserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Pflege der Massentaufkraft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umsatzes schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes.“

Die 1½ Milliarden, die die Regierung den Unternehmern in Form von Steuererlösen zuführt, sind übrigens eine sehr fatale Größenordnung. Es ist nämlich der gleiche Betrag, der mit der Notverordnung vom 14. Juni aus den untersten Schichten herausgepreßt worden ist. Wenn die Regierung schon 2,2 Milliarden Mark an die Unternehmer verschenkt, wie konnte sie auch noch die Lohnsenkungskontingente der Arbeiter mit in den Gesetzkorb werfen? Die Unsinnigkeit der Lohnsenkungsvorschriften ist selbst vielen Unternehmern klar geworden. Sie schämen sich geradezu, von den Notverordnungsrechten Gebrauch zu machen. Das müßte selbst eine Warnung für die Regierung sein.

Der theoretisch normale Fall des Planes ist der, daß bei Neueinstellungen 55 bis 60 Proz. des neuen Lohnes durch die Lohnhöhe der Beschäftigten aufgebracht werden sollen. Dazu kommt dann noch die Einstellungsprämie. Wenn beispielsweise ein Unternehmer mit 100 Arbeitern bei durchschnittlich 60 Pfennig Tariflohn und vierzigstündiger Arbeitszeit 25 neue Leute zu dem gleichen Lohnsatz einstellt, dann bekommt der Unternehmer wöchentlich aus Einstellungsprämien und Lohnsenkungen 567,30 M. Der gesamte Lohn der Neueingestellten macht 600 M. aus, so daß ihm 25 Volkarbeiter in der Woche nur 32,70 M. Lohn kosten. Aber noch ganz andere Bereicherungsmöglichkeiten ergeben sich, wenn er die Einstellungen in den unteren Tarifgruppen (Weibliche und Jugendliche) vornimmt. Beträgt in dem angenommenen Falle der Durchschnittslohn der Neueingestellten nur 20 Pfennig in der Stunde, dann sieht die Rechnung so aus:

Einstellungsprämien	192,30 M.
Lohnabzüge	325,— M.
insgesamt Zuschüsse	517,30 M.
insgesamt Neulohn	200,— M.
Reingewinn	317,30 M.

Zu diesen 317,30 M. hat der Unternehmer noch die Arbeit der Neueingestellten völlig kostenlos.

In Kottbus läuft zur Zeit noch ein Kampf bei der Firma Enke, der die graphischen Arbeiter besonders angeht. Da sind 70 Arbeiter neu eingestellt, und nach der Notverordnung soll die Belegschaft 12½ Proz. von ihrem Wochenlohn opfern. Für diese Firma hätte sich die Rechnung folgendermaßen gestaltet: An Einstellungsprämien 540 M., an Lohntributen 875 M., zusammen 1415 M., während der Lohn der Neueingestellten nur 1240 M. ausmacht. Also hier neben der kostenlosen Arbeit von 70 Arbeitskräften einen Reingewinn von 175 M. in der Woche. Und den Arbeitern, die sich dieses Exemplar nachrechnen, will man zumuten, für solches unmoralisches Geschäft ihre Lohntüte hinzuhalten? Die Belegschaft hat sich dagegen zur Wehr gesetzt, weil sie die Zumutung geradezu wie eine räuberische Erpressung empfunden hat.

Die Notverordnung soll auch zur Verkürzung der Arbeitszeit führen. Die Gewerkschaften haben die vierzigstündigenwoche schon lange gefordert. Die Arbeiter waren bereit, ein großes Opfer für ihre arbeitslosen Kollegen zu bringen. Wenn nun aber die Verordnung zu den 16 Proz. Lohnausfall aus der Arbeitszeitverkürzung noch weitere 12 Proz. der Lohnsenkung hinzuzufügt, dann geht dies weit über das noch erträgliche Maß hinaus. Eine Unmöglichkeit ist ferner der § 7 der

Verordnung, der „gefährdete Betriebe“ dadurch retten will, daß er dem Schlichter das Recht gibt, für sie den Tariflohn bis zu 20 Proz. zu senken. Wenn diese Idee in das allgemeine Arbeitsrecht eingefügt werden sollte, wäre das Ende der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse gekommen. Tarnow wandte sich ferner gegen die unselbige Handelspolitik, die durch Einfuhrsperren und Kontingenterungen zu gefährlichen Gegenmaßnahmen anderer Länder geführt hat. Dadurch wird die Arbeitsbeschaffung durch Brotlosmachung der Arbeiter in den Exportindustrien selbst wieder illusorisch gemacht. Die Regierung setzt sich durch ihre Maßnahmen in starken Widerspruch zu den Worten des Reichspräsidenten, „daß der Lebensstandard der deutschen Arbeiterklasse gesichert und der soziale Gedanke gewahrt bleibe“. Die Regierung muß nach Prüfung der Sachlage schleunigst dazu übergehen, die Notverordnung vom 5. September aufzuheben.

Der Kollege Körpel vom Bundesvorstand des ADGB sprach über das Thema „Der Kampf um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und des Tarifrechts.“ Die Reichsregierung hat tiefgehende Eingriffe in die Rechtsstellung der Arbeiter im Staate sowie in das Tarifrecht und das Arbeitsrecht vorgenommen. Die Arbeiterschaft hat nach der Umwälzung die Demokratie und die Gleichberechtigung aller Staatsbürger durchzusetzen verstanden. Deshalb wehrt sie sich entschieden dagegen, daß diese Grundrechte der Republik jetzt aufgehoben werden sollen. Durch die Maßnahmen der Regierung ist die Vertragstreue stark erschüttert. Aus staatspolitischen und rechtlichen Erwägungen halten daher die Gewerkschaften Eingriffe in das Tarifrecht und die Unabdingbarkeit nicht für rechtswirksam. Nach wie vor besteht bei der Verminderung der Tariflöhne auf Grund der Notverordnung vom 5. September die Kampffreiheit, die der Kollege Körpel durch unwiderlegliche Rechtsgründe verteidigte. Das deutsche Staatsleben hängt ab von der Erhaltung der Grundrechte, die in der Reichsverfassung gewährleistet sind und für die heute allein die Gewerkschaften eintreten. Mit ihren Maßnahmen hat die Reichsregierung das heute für den Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Unternehmern geradezu unerlässliche kollektive Arbeitsrecht gefährdet. Der Arbeiter wird Objekt im Staatsleben. Die Gewerkschaften wenden sich entschieden dagegen, daß an die Stelle des Rechts die reine Fürsorge treten soll. Die Freiheit ist das höchste Gut aller Menschen, auch der Arbeiter. Man bilde sich nicht ein, daß die kulturell hochstehende deutsche Arbeiterklasse ihre Freiheit niemals preisgeben wird. Der gegenwärtige Kampf ist ein solcher um die persönliche Freiheit des Arbeiters und das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften kämpfen um die Wiederherstellung des kollektiven Arbeitsrechts und auf dem Boden der Reichsverfassung für die Menschenrechte.

Der Vorsitzende des AM-Bundes, Kollege Aufhäuser, brachte eine Entschließung zur Abstimmung, die die Grundgedanken der Reserate zusammenfaßt und eindeutig die Forderungen der Gewerkschaften zu den Notverordnungen der Papenregierung zum Ausdruck bringt. Er wandte sich in herberten Worten an die fernstehenden Arbeiter und Angestellten im ganzen Reiche und forderte diese auf, mit den Gewerkschaften für das Existenzrecht der Arbeiterklasse zu kämpfen. Eine Warnung in letzter Stunde, die von keinem Hand- und Kopfarbeiter überhört werden soll.

## Aufruf!

Ein neuer Winter mit vermehrter und gesteigerter Not lündet sich an. Millionen unserer Volksgenossen sehen ihm mit Bangen entgegen. Seit Jahren leisten sie fast übermenschliches im Ertragen.

Nicht nur die wirtschaftliche Not drückt auf die zahllosen Opfer dieser grausamen Wirtschaftskrise; hinzu kommt die geistige und seelische Not, hervorgerufen durch erzwungene Untätigkeit, durch immer wieder enttäuschte Hoffnungen, durch die Zerstörung aller Zukunftspläne.

Die Not nimmt ständig zu; sie ergreift immer weitere Bevölkerungsschichten, und im Einzelfall wird sie schärfer und drückender. Die Kraft des Ertragens aber wird schwächer, je länger die Not dauert. Die Leistungen der öffentlichen Fürsorge und der Versicherung sind schon lange völlig unzureichend.

Millionen unserer notleidenden Klassengenossen blicken auf die Organisationen der Arbeiterschaft und erwarten von ihnen auch in diesem Winter Beistand und Hilfe.

Die Arbeiterwohlfahrt rüstet zum Kampf gegen die Not. Die mitunterzeichneten Verbände erklären sich ihr solidarisch.

Wieder geht unser Appell an alle uns geinnungsverwandten Angestellten, Beamten und Arbeiter und an alle Freunde der Arbeiterschaft. Gebt für die

### Solidaritätshilfe!

Beweist durch die Tat, daß der Geist der Kameradschaftlichkeit trotz Not und Unterdrückung in der Arbeiterschaft lebendiger ist denn je! In einer Zeit der sozialen Reaktion und tiefen Mutlosigkeit bekennen wir uns zur Zukunft. Wir wollen helfen, daß das Millionenheer unserer notleidenden Brüder und Schwestern nicht mutlos wird. Wir wollen helfen, sie als Kämpfer für den Sozialismus zu erhalten!

### Hauptausgang für Arbeiterwohlfahrt

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands  
Zentralkommission für Arbeitersport und Körperpflege  
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund  
Allgemeiner freier Angestelltenbund  
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

## Wie wählen die Kolleginnen und Kollegen?

Wir geben von vielen Zuschriften zur Reichstagswahl die Äußerungen eines Berliner Kollegen wieder, die besondere Beachtung verdienen.

Die Wahl am 6. November ist für die Kollegenschaft von ganz besonderer Bedeutung. Die Wälder der ganzen Welt richten sich auf die Sozialdemokratie, die gegen alle Parteien im schärfsten Kampf steht. Das wird sie aber nicht hindern, weiter ruhig und planvoll die Ursachen des heutigen Elends aufzuzeigen. Wie der vernünftige Arzt nach den Ursachen einer Krankheit forscht, so untersucht sie die Gründe der elenden wirtschaftlichen Lage. Die Sozialdemokratie fordert ohne Floskeln und Klauseln: Arbeitsbeschaffung, Aufhebung der gegen die Sozialpolitik (Kriegslofen- und Kriegrenten) und gegen die Tarifschnegegerichteten Notverordnung, Vertaktung des Bergbaues, der Schwerindustrie, der Chemie, der Großbanken und die Enteignung des Großgrundbesitzes über 200 Hektar. Wie die Wassertropfen sich vereinigen zu Bächen, zu Flüssen und Strömen und dem Meere dann zufließen, so fließen heute alle zu Silber und Gold umgewandelten Schweißtropfen der Arbeiter in den Ozean des Großkapitalismus zugunsten nur weniger, die das Verslein lieben: „Wer da hat, dem wird gegeben.“ Welcher Grundsatz muß an seine Stelle treten, um der Arbeiterschaft ein behagliches Heim zu schaffen? Der Grundsatz: „Alles für einen und einer für alle“, der Grundsatz der Vergesellschaftung.

Kein Schlaraffenland erstreckt die Sozialdemokratie, in dem die gebratenen Tauben in den Mund fliegen. Ein Reich werktätiger Arbeit erstreckt sie, in dem keine Ausbeutung des einzelnen mehr möglich ist. Sie kämpft für Freiheit und Recht; ihr Kampf ist ein geistiger Kampf. Die Besonderheit der wirren Verhältnisse heute spricht ja Bände: daß Macht vor Recht geht, daß mit Bajonetten Reichspolitik getrieben wird, daß in Preußen ein Reichskommissar diktiert, daß seit 50 Jahren wieder Gewerkschaftsvereinigungen verboten werden, alles das ist die logische Folge einer kurzen „Parlamentsarbeit“, beherrscht von Nationalsozialisten und Kommunisten, die der Baronsregierung die Diktatur erst ermöglichten. Alle Notverordnungen der Regierung Papen kommen auf das Schuldkonto dieser beiden Brüder. Hugenberg, Nationalsozialisten und Kommunisten haben gemeinsam ein Volksbegehren gegen Braun und Severing gemacht; rasch nannten es

die Kommunisten „Notes Volksbegehren“. Als aber am 20. Juli Braun und Severing gewaltsam aus ihren Ämtern entfernt wurden von der Papenregierung, da wollten die Kommunisten den Generalkrieg durchführen. Welch ein Irrsinn liegt in dieser Politik von Moskau!

Schritt für Schritt, in planvollem Vorgehen nur können wir zum Ziel kommen. Zäher, stetiger, hartnäckiger Widerstand gegen das Unrecht in jeder Form, unablässiger Trost, unanfechtbarer Mut im Kampf gegen die Papenregierung wird den Sieg erringen! Auch die gewaltige Hilfsarbeiterschaft muß diesen Weg gehen und am 6. November die Liste 2 wählen.

Laßt euch nicht irremachen, laßt euch nicht einschüchtern, von welcher Seite auch immer der Versuch kommt. Es gilt ein großes Ziel! Es gilt die Übermacht der Gegenrevolution zu brechen und dem Volke seine Rechte wiederzuerobern, die man ihm genommen hat.

Der Wahltag wird ein Entscheidungstag sein. Wer will von sich sagen, daß er nicht dabei gewesen ist, als die Entscheidung fiel? Laßt euch nicht durch Drohungen bestimmen, anders als sozialdemokratisch zu wählen! Wer seinen Buckel krümmt, kriegt erst recht Prügel. Wer aber fest und gerade steht, der siegt schließlich. Laßt euch nicht euer Menschenrecht, offen die Überzeugung auszusprechen, nehmen. Ohne Kampf kein Sieg! Wohlan, kämpft am 6. November dadurch, daß ihr überzeugte Sozialdemokraten wählt.

Max W a s h e (Berlin).

## Frauen, denkt daran!

Allein auf der Liste 2, auf der Liste der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, sind auch weibliche Kandidaten vertreten. Alle anderen Parteien, die Kommunisten nicht ausgeschlossen, geben schon bei ihrer Aufstellung der Kandidatenlisten zum Ausdruck, daß sie die Frauen als minderwertig betrachten. Die Frauen sollen nur gut sein, diesen Parteien die Stimmen und Mandate zu liefern, aber selber sollen sie in diesen Parteien nichts zu sagen haben.

Es ist erstaunlich, daß Frauen überhaupt einer Partei die Stimme geben, die gar keine Kandidatinnen auf ihren Listen zu stehen hat. Alle Frauen mühten sich doch sagen, daß es auch im Staate und im politischen Leben Fragen und Dinge gibt, die nicht allein von den Männern gemeistert werden können, daß es Fragen und Dinge gibt, bei deren Meisterung die Männer den Rat der Frauen gern in Anspruch nehmen. Welch eine Mißachtung den Frauen gegenüber, daß es Parteien gibt, die wagen können, wohl die Frauenstimmen zu fordern, aber nicht einer einzigen Frau das Recht geben, in den Volksvertretungen vertreten zu sein!

Am schlimmsten treiben es auf diesem Gebiete die Nationalsozialisten! Sie schwören ununterbrochen davon, daß ihre Politik dem Wohl der Frauen gelten soll, sie reden immer davon, daß sie der Jugend des Volkes, die natürlich den Müttern am meisten am Herzen liegt, helfen wollen, sie versprechen auch hier alles, ohne daran zu denken, ihre Versprechen zu erfüllen. Tugendwelschen Einfluß räumen sie den Frauen in der Politik nicht ein — sie wollen die Frauen nur als Stimmvieh!

Wägen die Frauen am 6. November daran denken. Wägen sie endlich erwachen und für den Sieg der einzigen Partei kämpfen, die auch den Frauen ihr Recht, ihre Freiheit, ihr Glück schaffen und sichern will: Für die Sozialdemokratie, für die Liste 2!

Adolf Hitler sprach in einem der letzten Wahlkämpfe auch davon, daß seine Bewegung jeder Frau einen Mann liefern wolle — das Gelächter, das wegen dieses Versprechens ausgebrochen ist, muß den großen Adolf, der alles kann, mit seiner Bewegung vernichten! Schlagt ihn!

Frauen, werbt unter den Frauen für die Liste 2, für die Liste der Sozialdemokraten!

## Aus der Fürsorge

### Mißbräuche und deren Abklärung

Stärker als früher beschäftigen sich die Gewerkschaften mit Fragen des Fürsorgerechtes. In dieser Aufgabe liegt die ganze Hoffnungslosigkeit des privatkapitalistischen Wirtschaftssystems. Die stärkere Aufmerksamkeit, die diesen Fragen von uns geschenkt wird, bringt zugleich eine ganze Reihe von Mißständen ans Licht, die überwunden werden müssen, wenn die öffentliche Fürsorge ihrem Zweck und Sinn gerecht werden will.

Bekanntlich kann die Unterstützung von Fürsorgeempfängern in geeigneten Fällen durch Anweisung angemessener Arbeit gemeinnütziger Art gewährt oder von der Leistung solcher Arbeit abhängig gemacht werden, es sei denn, daß dies eine offensichtliche Härte bedeuten würde oder ein Gesetz dem entgegensteht. Der

Zweck, der dieser Vorschrift zugrunde liegt, ist offensichtlich. Jedoch beweist die Praxis, daß der eigentliche Zweck des Gesetzgebers in der Praxis nicht selten verwischt und entstellt wird. Das geschieht insbesondere in allen Fällen, in denen die Gemeinden dazu übergehen, den Fürsorgearbeitern Arbeitsgebiete zuzuweisen, die nicht als gemeinnützig bezeichnet werden können.

Da geschehen zum Beispiel in den Landgemeinden allerlei seltsame Dinge. In einer sächsischen Landgemeinde wurden die Fürsorgeempfänger beauftragt, die politischen Plakate, die u. a. auch an den Scheunentoren einiger Landwirte angebracht waren, im Wege der Fürsorgearbeit zu entfernen! Als diese Kollegen für die Entfernung der Plakate von privaten Flächen die übliche Bezahlung forderten, wurde ihnen der Befehl, daß eine solche Arbeit nicht entlohnt würde, weil es sich um Fürsorgearbeit handele. Der Streit schwebt zur Zeit noch. Wir wollen hoffen, daß er im Sinne der Fürsorgearbeiter entschieden wird. Würde er zugunsten der beauftragenden Gemeinde entschieden, so wäre damit allerdings der Mißbrauch der Fürsorgearbeit zu nichts weniger als gemeinnütziger Arbeit gekehrt worden. Die betroffenen Landwirte können sich freuen, zur Reinigung ihrer Scheunentore Arbeiter auf Staatskosten zu bekommen. Wenn seitens des Bezirksfürsorgeverbandes eingewendet worden ist, daß eine solche Arbeit durchaus gemeinnützig sei, weil doch damit die un schönen Folgen des Wahlkampfes beseitigt würden, so ist eine derartige Auffassung unverständlich. Wenn man dieses Beispiel auf die Städte übertragen wollte, so würde der erste Fall geschaffen, daß die Fürsorgearbeiter auf Kosten des Staates den privaten Hauseigentümern allerhand Vermögenswerte zuschanden. Zwar sind wir durch die letzte Papenverordnung bereits allerlei gewöhnt, aber diese Fürsorgepraxis bedeutet einen so flagranten Rechtsbruch, daß selbst der Blinde mit dem Krüdstock das merken könnte.

Dieser Fall ist zufällig zur Kenntnis gekommen. Wie mag es erst in den ungezählten Fällen sein, die nicht zur Kenntnis der Öffentlichkeit kommen. In einem anderen Fall hat der Bürgermeister eines kleinen Ortes einige Fürsorgearbeiter aufgefördert, im Steinbruch eines Unternehmers zu arbeiten. Eine besondere Entlohnung sollte natürlich nicht erfolgen. Also Fürsorgearbeit zu Lasten der Öffentlichkeit und zugunsten einiger Unternehmer. In einem anderen Fall wieder hat der Gemeindebevorstand einem Fürsorgearbeiter geraten, „eine mißrätliche, natürlich untertätigliche bezahlte Arbeit in der Landwirtschaft anzunehmen, andernfalls würde die Fürsorgeunterstützung gestrichen.“ Wenn man daran denkt, wie hilflos eine ganze Reihe dieser ländlichen Fürsorgearbeiter gegenüber dem Gemeindebevorstand oder Bürgermeister sind, der ihre Verhältnisse häufig ganz genau kennt und nicht selten eine Art Gut über diese Leute hat, weil sie die Gemeinde belastet, dann kann man sich ein Bild machen, wie die Fürsorgepraxis in den Händen mancher Gemeindebevorstände ausseht.

Doch ist das nicht etwa nur in ländlichen Gemeinden so, sondern wir erleben auch Beispiele in den Städten, aus denen man ersehen kann, daß recht eigenartige Vorstellungen bei den Dezernenten der Fürsorgeämter darüber bestehen, wie das Fürsorgerecht in der Praxis angewandt ist. Nicht nur, daß man einen nicht unbedeutenden Teil solcher Arbeiten den Fürsorgeempfängern zuzuschreibt, die im Wege des freien Arbeitsvertrages zu erledigen sind, sondern nicht selten gestalten sich auch die einzelnen Fälle der Fürsorge zu eigenartigen Formen. So zum Beispiel, wenn das Fürsorgeamt aus alzu großer Sparfamelei heraus versucht, den Grundbesitz der individuellen Fürsorge nach Gutdünken auszuliegen. Überall da, wo feste Maßstäbe fehlen, ist der Willkür des zuständigen Beamten Spielraum gelassen. Nun gibt es gewiß in diesem nicht leichten Beruf viele gute und willige Kräfte, doch auch leider das Gegenteil. Und das prägt sich natürlich gerade dort aus, wo feste Maßstäbe und Richtlinien nicht vorliegen. Zum Beispiel in der Berücksichtigung der individuellen Notlage, in der Berücksichtigung der verschiedenen Mieten, die bei dem einen hoch, bei dem anderen niedrig sind, ohne daß in jedem Falle eine genaue Abgrenzung erfolgen würde.

Es ist Aufgabe der Gewerkschaftsvertreter in diesen Ausschüssen, dafür zu sorgen, daß der Begriff der individuellen Fürsorge nicht zur Willkür wird. Hier bleibt es empfehlenswert, genaue Richtlinien festzulegen, Schranken und Staffeln, die gewiß an sich immer eine Härte bedeuten, die jedoch eine weit gerechtere Praxis bewirken als überall da, wo persönliches Ermessen ausschlaggebend ist und es daher nur auf die Person ankommt. Wenn die Fürsorgebedürden merken, daß die Öffentlichkeit scharf kontrolliert, wird sich diese mißbräuchliche Praxis sehr schnell bessern. Auf diesem Gebiete gibt es, besonders auf dem Posten zu sein.

# Bobby macht Karriere

Von André Polzer.

Das „Vollshotel“ war ein großes, graues Gebäude im Arbeiterviertel. Man schlief in kleinen, lauberen Kabinetten und konnte sich während des Tages im Speise-, Rauch- oder Lesesaal aufhalten. Im Fabrikviertel gelegen, war es vor einigen Jahren mit großem Kostenaufwand erbaut worden, um unverschuldeten Handwerker ein Heim zu bieten. Allein, diese wurden schon nach kurzer Zeit von fremden Bürgern aus ihrem Nest verdrängt. Jetzt fand man unter der bunt zusammengewürfelten Gesellschaft alles, nur keine Arbeiter. Da gab es Akademiker, die, mit dem Straßengeld in Konflikt geraten, hier wohnten, bis sie sich endgültig zur Resignation und der schlecht bezahlten Schreibstube entschlossen oder zum lustigeren, aber gefährlicheren Hochstaplerleben. Hier hausten alte, familiöse Rentner und greise Bettler mit Paraphernalien, die nur in bestimmten Bezirken und Stunden „arbeiten“ und ein Spatzsittenkonto befehlen. Neben ihnen fand man junge Kaufleute, alte Lachende und entlassene Facharbeiter, die an ihrem in Rente sauer verdienten Großgehalt zehrten und nach einem neuen Coup saunen. Der Rest: Zeitungsvendler, wilde Straßenhändler, von Hause entlaufene Einzelhändler und endlich eine kleine Gruppe, von der niemand wissen konnte, wovon sie lebte, aus dem einfachen Grunde, weil sie es selbst nicht wußte.

Zu diesen Leuten gesellte sich eines Tages der Junge Bobby und fand sich schnell zurecht in der kleinen Sumpfpflanz der Großstadt. Er hatte sogar Glück, er lernte hier einen ehemaligen Nachschreiber kennen, der aus unbekanntem Grunde seinen Dienstverpflichtung allzu plötzlich nehmen mußte. Der Mann half bereitwillig dem völlig mittellosen Bobby, der so einige Wochen ein sorgloses Leben führen konnte.

Doch es kam eine Zeit, wo Bobby seinen neuen Freund immer häufiger in die kleinen Anzeigen der Zeitungen vertiefte und, als endlich der Brief der „Witwe in den besten Jahren“ ankam, da verabschiedete sich der Gewächsmesser und reiste mit seinem letzten Gelde zu seiner Zukünftigen.

Bobby, der seiner Familie entlaufen war — der Vater, Gerichtsvollzieher in einer kleinen Stadt, hatte zum zweiten Male ein viel jüngeres Mädchen geheiratet, in das Bobby mit der ganzen Begeisterung seiner sechzehn Jahre verliebt gewesen war — mußte sich nun schamlos nach irgendeinem Gewerbe umsehen. So wurde er Adressenschreiber. Das war ein bitteres Brot. Man saß in einem schlecht riechenden, dunklen Zimmer an langen Holzstischen und beschrieb vom frühen Morgen bis zum späten Abend farbige Briefumschläge. Nur mittags gönnte man sich eine halbe Stunde Pause, um vom nahen Fleischer ein Stückchen warme Wurst und eine große Sauergurke zu holen, was mit etwas Weißbrot das Mittagessen ausmachte. Zu mehr reichte es wirklich nicht, denn die Arbeit wurde elend bezahlt. Der düstere, unfreundliche Adressenbesitzer ließ die Briefe, unangenehm für den Adressierten, in einem Korb liegen, der von manchen Menschen, der einkaufende Tage gesehen hatte und der hier lauer das verdiente, was zum Hungertreiben genügte war, doch zum Leben nicht reichte.

Bobby gab auch bald dieses unbankbare Gewerbe auf und gestellte sich zwei Stoffhändler zu. Es waren noch junge, mit auffallender Eleganz gekleidete Männer, die von einem Büro ins andere zogen und den Annehmlichkeiten hübscher Anzüge, Kasse als „schöne Dinge“ ansetzten. Bobby hatte dabei den schwersten Teil zu belegen, mußte er doch das schwere, in Handschuh gewandete Stoffpaket schleppen. Als Gehalt bekam er täglich eine Mark und das Mittagessen. Allein die gewählten Vertreter bestellten im Restaurant stets nur zwei Portionen — mit drei Tellern. Bobby fand bald, die Kost sei zu leicht und die Stoffballen zu schwer, so verabschiedete er sich von den „Vertretern englischer Tuchfabriken“ und sah sich nach einer anderen Beschäftigung um.

Der Reihe nach wurde er Konfektionsverkäufer in einem Kino, Wagenaufpasser neben einem Ausfahrer, Gehilfe in einer Altwarenhandlung und versuchte es noch mit einem halben Dutzend anderer Berufe. Allein, die hatten alle das gemein, daß sie ihren Mann nur schlecht ernährten.

So gelang es manchmal, daß der Abend kam, ohne daß Bobby die halbe Mark sein eigen nennen konnte, die zum Übernachten im Vollshotel nötig war. Das war jedesmal eine kleine Tragödie. Bobby wartete bis zum Torfstoß im Vollshotel auf irgendein Wunder, das sich niemals ereignete. Nachher blieb nichts übrig, als sich auf den Weg zu machen und stundenlang auf den unfreundlichen Straßen herumzuschlendern. Wenn ihn seine Hülfe nicht mehr tragen wollten, dann schickte Bobby in ein Wartehäuschen der Straßenbahn, zog sich in die dunkelste Ecke zurück und schloß fest ein. Doch wenn auf der verlassenen, nächtlich stehenden Straße die schweren Schritte eines nahenden Schuhmannes erdrönten, wurde er gleich wach und verließ eilig seinen Schlupfwinkel.

„Ach, wie konnte so eine Nacht lang sein!  
Und war es endlich Morgen geworden, dann gelang es Bobby manchmal sich in ein Vollshotel einzuschmuggeln, wo er seinen todmüden, durchfrorenen Körper in der Dampfkammer auf eine harte Steinbank betete und sich für lange Stunden einem schweren bleiernen Schlaf hingab.

Als einmal wieder ein Abend kam, wo Bobby das Logisgeld fehlte und auf der Straße ein besonders unfreundliches Wetter herrschte, da entschloß er sich zu etwas, das er bis jetzt noch nicht über sich gebracht hatte.

Der erste Herr, den er auf der Straße anredete, schaute verwundert auf den verhältnismäßig noch gutgekleideten jungen Mann und ging wortlos weiter. Bobby zog die Zähne zusammen und trat auf einen alten Mann zu. Dieser hörte ihn aufmerksam und wohlwollend an, gab ihm den Rat, sich bei der Polizei zu melden, und entfernte sich eilig.

Zehn Minuten vergangen, ehe Bobby abermals den Mut aufbrachte, einen Passanten anzusprechen. Es war ein wohlhabender Mann in einem schönen Pelz, er ließ Bobby gar nicht ausprechen, knöpfte sich mit widerwilligem Brummen auf, nahm die Geldbörse heraus — Bobbys Blick verschlang gierig die großen Silbermünzen — und drückte ihm ein Geldstück in die Hand.

Bobby war noch kein gelübter Festschreiber; so mußte er erst die Hand öffnen und beim Lichte einer Straßenlaterne das Geldstück ansehen, um zu merken, daß es eine kleine Kupfermünze war. Eine kleine Kupfermünze! Drei wildfremde Menschen mußte er anbetiteln, um ein Pfennigstück der für das Nachtquartier notwendigen Summe zu erhalten!...

Er fühlte, wie sein Herz von Bitterkeit überquoll, das kleine Geldstück, mit dem er nichts anfangen konnte, brannte in seinen Fingern. Er warf es weit weg und fing an laut zu pfeifen, während ihm die Tränen auf die Backe rannen.

Dann schlug er seinen Kragen hoch, steckte die rotgefrorenen Hände tief in die Taschen und machte sich auf den langen, nächtlichen Spaziergang.

In den folgenden Tagen lernte Bobby einen Straßenhändler kennen, der auch im Vollshotel wohnte. „Brauße“, wie man ihn scherzhaft nannte, weil er täglich, ob Sommer oder Winter, eine Limonade von Brauselimonade fertigte, war ein gutmütiger junger Mann, der an belebten Straßeneden mannigfache, billige Ware anbot. Da er nur ein wilder Straßenhändler war, der ständig aufpassen mußte, daß ihn kein Schuhmann erwische, machte er Bobby den Vorschlag, sich neben ihm zu postieren, um ihn bei nahender Gefahr zu warnen. Für diesen Liebesdienst wollte er Bobby täglich die Wohnung und das Essen bezahlen. Bobby schlug ein und sparte von diesem Tage an, während „Brauße“ an voller Kasse die Vorzüge seiner echten Gummihosenträger in die Luft schmetterte, ob in der Ferne nicht der Takt eines Schupos auftauche. Doch ließ Bobby zu viel Gefäßstimm, um allzu lange bei dieser passiven Tätigkeit zu bleiben.

Einige Wochen später stand er auf einer Straßenecke und bot, vorläufig noch mit schüchternem Stimm, „echte Glanzplatten-Ansichtskarten“ an. Er gewöhnte sich an dieses Gewerbe viel schneller, als er gedacht hatte und war bald ein regelrechtes und stillschweigend gebildetes Mitglied der kleinen Gilde der wilden Straßenhändler. Ob das Wetter gut war oder schlecht, Bobby stand in den Hauptverkehrsstunden auf einer Straßenecke und schrieb mit seiner Schreibe, jetzt immer ein wenig heißeren Knabenstimm Preis und Beschaffenheit der selbstgebotenen Ware aus. Er verkaufte außer Ansichtskarten abwechselnd „echt englisches mit Gelde gefüttertes Leinwandpapier“, „echt feueremallierte Manschettenknöpfe“, „echt amerikanische Feuerzeuge“ und noch verschiedene andere „echte“ Sachen.

Selbst Sonntags rastete er nicht. Er stellte sich mit einem Stroh Hestle unter dem Arm im Stadtpark auf und schrieb wacker los: „Das große Liebesbuch mit sämtlichen neuen Schlagern.“

Eines Tages, als Bobby gewohnheitsmäßig an seiner Straßenecke lärmte, trat ein südländisch aussehender Mann auf ihn zu: „He, junger Mann, ich für Sie haben eine gute Cola. Sie viel Geld verdienen. Hier meine Adresse, ich vor-mittag immer zu Hause.“

Bobby suchte am folgenden Tage den Italiener in seiner überreichen Behausung auf und nahm von ihm kurz entschlossen zwei Dutzend billige Moßkoftröden ab.

Auf dem Wege nach Hause, „Stand“ erward Bobby von einem bekannten Schuhmacher einen roten Samtappen und besetzte darauf die soeben erworbenen Schmußlöcher. Dann, ohne viel nachzudenken, schmetterte er los: „Echt (ohne dies ging es nicht) venezianische, antike Moßkoftröden aus dem Nachlaß eines italienischen Grafen, eine Mark das Stück!“

Und siehe, schon meldete sich als erster Käufer eine selbstgefällige Dienstmagd. Bobby tastete die Mark, spie, wie es sich bei der ersten Einnahme genierte, dreimal in die Hand und tobte weiter: „Echt venezianische...“

Als es Mittag geworden war, hatte Bobby die zwei Dutzend verkauft und einen Verdienst von zwölf Mark eingehemmt. Und es kam jetzt eine Zeit, wo der kleine Handel des jungen Kaufmanns stark florierte. Nicht als ob die brotneidliche Konkurrenz der „Kollegen“ unterlassen hätte, nach dem gutgehenden Artikel zu fahnen. Allein bei keinem Großhändler waren solche Grobchen in ähnlich billiger (und schlechter) Ausführung aufzutreiben, und Bobby konnte die ganze Produktion seines Lieferanten leicht allein umsetzen. Nur mußte er jetzt seinen „Stand“ oft wechseln, denn die venezianischen Juwelen aus dem gräflichen Nachlaß hatten die unangenehme Gewohnheit, ihr gut geformtes Moßkoftröden in Hunderte von farbigen kleinen Glasplittern auseinandergehen zu lassen. Was zur Folge hatte, daß die mehr oder minder freundlichen Kellernationen sich beeifrig nachkäuferten. Bobby konnte also mit seinem neuen Beruf zurücheln sein, doch hatte dieser auch seine Schattenseiten. Vor allem die ständige Angst, von einem vorüberstreifenden Polizisten erwischt zu werden. Tauchte am Horizont das Auge des Geschehes auf, so klappte man das Warenlager zusammen und machte sich den Apophorismus zu eigen: „Laufen ist eine Schande, doch nicht.“

Allein oft war es zum Entzweien schon zu spät, dann war man auf Gnade oder Ungnade dem behelmen Trampieren der Straßenecke ausgeliefert. War dieser nicht besonders bössartig oder scheute er den Weg nach der Waghstube, so begnügte er sich mit einigen großen Schlägen und ließ den erschrockenen Straßenhändler laufen. Langweilte sich aber der Polizist auf seinem Posten, dann kam ihm ein kleiner Gang auf die Wache gelegen, und der ambulante Kaufmann wurde erdarmungslos abgeführt. Der konnte dann höchstens noch versuchen, mit wenig Aussicht auf Erfolg das Herz des Schupos zu erweichen: „Herr Nachschreiber, lassen Sie mich das eine Mal noch laufen, ich komme nicht mehr in Ihr Revier.“

An einem besonders unglücklichen Tag, als Bobby schon das zweite Mal aufgegriffen wurde, schrie er den Schuhmann an: „Herr Nachschreiber, erbarmen Sie sich doch meiner, Sie haben ja wahrhaftig auch Kinder!“ Worauf der intelligente Polizist Bobby verwundert angloste: „Warum, hast du vielleicht auch welche?“

Auf diese Weise war also nicht viel zu erreichen. Der erwählte Straßenhändler tat schon besser, wenn er auf dem Weg zur Wache bei der ersten günstigen Gelegenheit sich der Gesellschaft des Geschützters zu entziehen versuchte. Es entspann sich dann ein kleiner Wettlauf, wo der schwer befestigte Schupo meist stark gehandicappt war gegen den „fliegenden Holländer“. Doch gab es auch lauffeste Polizisten, die sich einen Scherz daraus machten, ihr Opfer absichtlich erwischt zu lassen, ihm fünf Minuten nachzugehen, und wenn das nach Atem ringende, keuchende Gelegenheitswild schon fast zusammenbrach, ihre schwere Polizistenfaust auf ihn niederzusenken zu lassen.

Einmal entging diesem Schicksal auch Bobby nicht. Er verkaufte eben vor dem Bahnhof abwechselungshalber „echt amerikanische Feuerzeuge“, als eine derbe Faust ihn beim Kragen faßte. Willig folgte Bobby dem Polizisten, den er als besonders streng kannte, und aus dessen Hand er vor zwei Tagen glücklich entronnen war. Auch diesmal wollte er ihn ohne Abschied verlassen, allein der Nachdruck mißglückte, und der auf alles gefasste Bobby wurde nach dem kleinen Bahnhofswachzimmer gebracht.

Hier wurde ein Protokoll aufgenommen, worin Bobby außer unerlaubtem Straßenhandel und Wagnabondage Widerstand gegen die Staatsgewalt zur Last gelegt wurde.

Bobby ließ alles gleichgültig über sich ergehen. Eine Stunde später wurde er von dort entlassen und erhielt nach zwei Wochen einen Strafbefehl über vier Mark oder zwölf Stunden Haft.

Bobby verkaufte noch lange Monate an den Straßenecken echte Moßkoftröden, feueremallierte Manschettenknöpfe

und amerikanische Feuerzeuge. Er wäre wahrscheinlich einmal ein reicher Großkaufmann und Kommerzienrat geworden oder vielleicht nur ein armer, müder Dienstmann vor dem Bahnhof. Allein eines Tages holte ihn sein Vater ab, und Bobby kehrte in sein Heim zurück.

Er wurde später gleich seinem Großvater und Vater Gerichtsvollzieher.

# Der Werkstoff lebt

In Tirol geht unter den Holzschmiedern eine Sage. Sie haben einmal einen Mann von Holz geschnitten und den an den Tisch gesetzt, wenn sie aßen. Da kam einer der frohen Gesellen eines Tages auf den Gedanken, dem hölzernen Manne einen Löffel in die Faust zu geben und ihn aufzufordern, zu essen. Und siehe da, der hölzerne Mann tat es. Er aß. Und er aß mehr als die Knödel, die auf dem Tische waren. Er aß auch das Holz, und er aß vom Ader, und er aß aus dem Berge.

Wahntage des Volkes, die von dem künstlerischen Schöpfer-tum des Volkes Zeugnis ablegt. Von der Gestaltungsgabe des schaffenden Volkes. So kann nur das Volk seine Sage schaffen, das den Werkstoff zu erleben vermag.

Leben steckt in dem Werkstoff. Das Allernünftigste kann der Mensch aus ihm machen. Der Werkstoff kann zum Wunder des Lebens werden durch den Menschen. Durch den schaffenden Menschen, der den Werkstoff beherrscht.

Dieses Schöpfer-tum muß natürlich unter der allzu mechanischen Arbeitsweise unserer Wirtschaft leiden. Es muß leiden unter der fesselnden Profitwirtschaft, die nur Ware kennt und nicht das Glück, das Ware eigentlich bedeuten soll.

Aber dieser Schöpferinn ist nicht tot. Wenn man sieht, wie geschickte Hände in den gewerkschaftlichen Jugendgruppen schaffen und was sie schaffen, wie der künstlerische Volkgeist da zum Ausbruch kommt, dann glaubt man. Nicht nur an den Menschen, auch an den Werkstoff. An die Schönheit, die einmal herausgeholt wird aus ihm für alle. In die Wandlung der Wirtschaft dahin, daß im Bunde mit der Maschine die Arbeitskraft zu neuer, allgemeiner Volkstutur gestaltet wird.

Warum soll das, was in der Jugendgruppe, aus Freude geboren, als Werk nur „Spiel“ ist, nicht auch alle erfreuen? Und wieviel tausende Hände bekämen Arbeit neu. Wenn nur alle, die kaufen können, dieses innige Verhältnis von Werkstoff und Hand erleben, diese Seele des Werks, die die Hand dem Stoffe gibt.

Auch der Werkstoff wartet auf seine Befreiung. Wie du!  
Dr. Gustav Hoffmann.

# Rot und Glaube

Wißt du dich messen als Mensch, so miß dich am Großen! Denn am Großen nur erkennst du dich.

Stelle dich einer Aufgabe gegenüber! Suche etwas zu schaffen, für etwas zu ringen, ein großes Ziel zu erreichen! Und du erlebst dich, und du fühlst, wie du mit deinem Willen und mit deinem Können wachst.

Zerplittere die Größe deiner Kraft nicht mit bedeutungslosem Werte! Verschwende die Kraft nicht, indem du nur nachlebst und dich ausgiebst an dem, von dem morgen schon niemand mehr spricht.

Sei schöpferisch! **Wage deine Kraft** zum Erzwingen eines Morgen zusammen! Und mag die Welt in Verzweiflung und in Ohnmacht auch wandern: du bleibst ihr Mittelpunkt.

In deinem Glauben zeigt sich der stolze, könnende Mensch. Aus deinem Glauben heraus überwindet er das letzte Ende aller Widerstände. In deinem Glauben an das Größte — trotz allem — ist der Mensch: Weltgestalter, Bildner der Erde, Erzwinger des Glücks.

Sei darum Kämpfer! Gib dich durch Kleinmut nicht selber auf! Sei ganz der, der du sein kannst, mit uns! Und unsere solidarische Macht wird in der Glut ihres Glaubens das Alte schmelzen und die Welt formen zu neuem Glück.

# Hygiene in der Straßenbahn

Ich steige in die Straßenbahn, Raucherwagen. Vollgepfropft ist der Wagen, wider Qualm erfüllt die Luft. Da will ich ein Fenster öffnen, aber schon schallt mit energischer Protest entgegen: „Um Gottes willen, es zieht!“

Es ist richtig, draußen weht jetzt schon ein frischer Herbstwind, aber die Furcht vor einem kurzen, frischen Windstoß ist gänzlich unbegründet. Unter der Einwirkung eines kurzen kühlen Luftstoßes ziehen sich die Poren der Haut zusammen, um sich nach Aufheben dieses kalte-reizes wieder zu öffnen. Letzteres geht mit dem Gefühl des Durchströmens behaglicher Wärme einher, kann also nur angenehm und der Abhärtung unserer Haut förderlich sein.

Anderes liegt der Fall, wenn kühe Luft, z. B. durch ein schlecht schließendes Fenster, dauernd, gleichsam schleichend auf den menschlichen Körper einwirkt. Dieser schwache Luftstrom erzeugt nämlich keinen Hautreiz, sondern nur eine Abkühlung an bestimmter Körperstelle und schafft damit den Boden für Erkältungskrankheiten, wie Husten und Schnupfen, Muskelrheumatismus und Hexenschmerz. Darum nur nicht zu ängstlich sein, auch wenn es wirklich in der Straßenbahn oder einem anderen Verkehrsmittel durch ein trüben Öffnen des Fensters oder der Tür einmal zieht.

Wiel angebracht ist die Sorge um unsere Gesundheit gegenüber anderen Gefahren, die uns aus dem engen Beisammensein und der hygienischen Ungezogenheit vieler Menschen in Straßen, Untergrund- und Eisenbahn, im Autobus und auf den Ausflugsdampfern erwachen. So sind z. B. jetzt im Herbst Erkältungskrankheiten an der Tagesordnung.

Da ist kürzlich eine Mutter mit ihrem Jungen mit in der Straßenbahn gegenüber. Das Kind hatte einen tüchtigen Schnupfen, der es zu häufigem Niesen zwang. Und was tat der Kleine? Mit schätzlichen Wohlbehagen nickte er „mittem ins Lokal!“ Am nächsten Morgen hatte ich, und wahrhaftig noch andere Fahrgäste des Wagens, einen handfesten Schnupfen weg.

Aus diesem „Anfall auf der Straßenbahn“ mag jeder die Lehre ziehen, daß er beim Husten und Niesen sich abwendet oder rechtzeitig ein Taschentuch vor Mund und Nase hält. „Tung gewohnt, ist alt getan.“ Was die Mutter dem Kinde in hygienischer Beziehung von klein auf beibringt, das wird reiche Früchte tragen nicht nur für die Gesundheit des Kindes selbst, sondern auch für die Gesunderhaltung vieler anderer.

# Aus den Zahlstellen

**Utenburg.** Am 12. Oktober fand im „Volkshaus“ eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung statt mit dem Thema „Der neueste Lohnraub an der Arbeiterkraft“. Das Referat hielt Gauleiter Kollege Wambacher (Erfurt). Er schilderte den lohnärztlichen Verdrang bis zur heutigen Periode, in welcher man sich nicht mehr scheut, der Arbeiterkraft im graphischen Gewerbe in einer Woche Lohnabzüge von Lage und Löhne 10,84 Mark an der Spitze zuzumuten und diese Forderung noch als sehr bescheiden zu bezeichnen. Der ergangene Schiedspruch mußte den härtesten Protest der gesamten Hilfsarbeiterkraft herausfordern. Durch die einseitige Belastung der unteren arbeitenden Schichten im Volke durch die Notverordnungen der Regierung v. Papen und die neuesten Lohnordnungen sind die Arbeiter aufs höchste beunruhigt. Auch in dieser Versammlung machte sich größter Unwille Luft. Wie soll die Arbeiterkraft ihren Lebensunterhalt weiterhin bestreiten? Was sagt die Gewerkschaftswelt zu dem neuesten Lohnraub an der Arbeiterkraft? Auf diese Kreise, die doch mit der Kaufkraft der Massen auf Gedeih und Leben verbunden sind, wirkt sich dieser Vorgang sehr verheerend aus! Leider laufen noch so viele Gewerkschaften ihren Helfern hinterher. Für die Arbeiterkraft liegt somit die Verpflichtung nahe, sich in ihrem Wirtschaftsverband zu organisieren, und zwar zeitlos den Konjunkturschwankungen beizutreten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die versammelte graphische Hilfsarbeiterkraft Utenburgs protestiert aus scharfster Einmütigkeit gegen den brutalen Lohnraub an der Arbeiterkraft. Sie steht einmütig und geschloffen hinter ihrer Verbandsleitung und bringt ihren Unterhändlern vollstes Vertrauen entgegen. Die Arbeiterkraft will sich mit aller Kraft für Befreiung eines gerechten Lohnsatzes einsetzen und verlangt die Beilegung des Frankfurter Lohnstreits!“

**Bielefeld.** Am Sonnabend, dem 15. Oktober, fand eine Versammlung statt, in der die Kollegen der kommenden Tarifverhandlung Stellung nahmen. Kollege Spaltkopf ging noch einmal ausführlich auf das Frankfurter Lohnstreit ein. Die Empörung, die durch den Schiedspruch in der Kollegenchaft entzündet, war berechtigt. Daß die Verbandsleitung dieses Lohnstreit mit dem Tage des Zutritts wieder geblendet hat, ist von den Mitgliedern begrüßt worden. Wenn auch seitens der Unternehmer ein Verschleppungsmanöver eingeleitet wurde, um mit einer Klage beim Arbeitsgericht die Rechtmäßigkeit der Kündigung anzuzweifeln, so haben sie mit diesem Trick kein Glück gehabt. Am 11. November läuft der Tarif ab. Notwendig ist es nun, den kommenden Tarifkampf vorzubereiten, denn die Situation ist ernst und kann nur gemeinert werden, wenn alles sich in der Organisation zusammenfindet. Deshalb ist es dringendes Erfordernis, daß die Mitglieder die Inorganisierten über den Ernst der Lage aufklären, damit auch diese endlich den Weg zur Organisation finden. Einen dringenden Appell richtete Kollege Spaltkopf besonders an die Bielefelder organisierte Arbeiterkraft, ihre Frauen oder Töchter, soweit sie beruflich tätig sind, zu veranlassen, daß sie der Organisation beitreten. Niemand soll glauben, daß er seine Pflicht erfüllt, wenn er selbst organisiert ist. Er mußte auch dafür sorgen, daß seine beruflich tätigen Angehörigen sich ihrer Organisation anschließen. Am 6. November, dem Tage der Reichstagswahl, wird bereits die Bureauscheidung fallen, ob das „Schlichtungsgewerbe“ auch weiterhin zur Verleumdung der Arbeiterkraft ausgenutzt werden soll. Wer dieses nicht will, gebe am 6. November seine Stimme nur der Liste 2. Nachdem Kollege Jantzen den Bericht vom Gantag in Hildesheim gegeben hatte, folgte ein Mitgliedsberichts über die Bundesfeier in Bernau. Anschließend trugen Mitglieder des Arbeiter-Laien-Spieler-Verbandes Bielefeld-Südbrag einige der Zeit entsprechende politisch-literarische Gedichte vor. Der große Beifall war wohl verdient, auch an dieser Stelle sei den Mitwirkenden herzlich gedankt.

**Braunschweig.** In der Monatsversammlung am 16. Oktober gab der Kassierer eine Aufklärung über Beitragsherabsetzungsanträge aus dem Mitgliederkreis und verlas ein diesbezügliches Schreiben des Gauleiters Kollegen Spaltkopf. Die Kollegenchaft schädigte sich nur selbst, wenn sie niedrige Beiträge zahlte. Des weiteren wurde eine Reklamation einer Kollegin Roetzgen besprochen, die zwei Jahre sich nicht um die Organisation gekümmert und keine Beiträge entrichtet hat. Anschließend gab der Vorsitzende die wichtigsten Momente aus dem Vortrage des Genossen Wörpel wieder, um dann in eingehender Weise über die Beratungen der Gaukonferenz in Hildesheim zu berichten. Ein eingehender Bericht über den Vortrag war schon in der „Solidarität“ zu finden. Der Antrag der Zahlstelle Braunschweig auf Herabsetzung der Verwaltungsprozent zugunsten der Zahlstellen wurde von den Vertretern der Zahlstellen zurückgewiesen; daraufhin wurde ein Antrag der Zahlstelle Bielefeld, welcher eine Herabsetzung der Sterbegeldsätze vorschlug, mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt. Gauleiter Kollege Spaltkopf verwies nochmals darauf, daß im Oktober die Verhandlungen beginnen, es komme darauf an, daß die Kollegenchaft zum bevorstehenden Kampfe gerüstet sei. Mit dem Mahnruf „Einer für alle und alle für einen“ schloß der Vorsitzende die Versammlung. Die nächste Monatsversammlung findet am 20. November statt.

**Hamburg.** Mitgliederversammlung am 18. Oktober. Nach Gehörung des vorbereiteten Kollegen Beckmann, der 29 Jahre Verbandsmitglied war, beschloß die Versammlung mit einem Antrag des Kollegen Wietz auf Ausschluß des Kollegen Wendt aus dem Verband. Die Vorgeschichte zu diesem Antrag ist in den Betriebsverhältnissen der kommunikativen „Hamburger Volkszeitung“ zu suchen, die für freie Gewerkschaftler geradezu besänftigt, für Kommunisten allerdings bezeichnend sind. Nach längerer Aussprache kam ein Antrag des Kollegen Lohse zur Annahme, der folgendes besagte: „Der Kollege Wendt hat als Betriebsrat und Gewerkschaftler nicht einwandfrei gehandelt. Die Gründe, die der Kollege Wietz anführt, reichen jedoch nicht aus, um einen Ausschluß zu rechtfertigen. Der Antrag des Kollegen Wietz wird deshalb abgelehnt. Die Versammlung verurteilt das Verhalten des Kollegen Wendt in Bezug auf die Entlassung des Kollegen Wietz.“ Kollege Lohse hielt dann einen Vortrag über „Zentral- oder regionale Tarife“. Wir stehen kurz vor neuen Verhandlungen. Unser Tarif hat bei den letzten Verhandlungen eine Änderung erfahren. Durch Entschlüsse in den einzelnen Gauen ist die regionale Regelung eingeführt worden. Die Prinzipale wollen erst nach dem 6. November verhandeln. Wenn sie damit glauben, daß sie die Entscheidung

hinauszögern können, so irren sie sich. Die Kollegenchaft muß in der kurzen Zeit bis zum 11. November der Vorbereitungen zum Kampf beidseitig haben. In der Aussprache befandete die Versammlung, die Solidarität erfordert, daß eine zentrale Regelung vorgenommen wird. Wir werden unsere härtesten Maßnahmen anwenden, um den Unternehmern zu zeigen, daß die graphische Hilfsarbeiterkraft sich nicht ohne weiteres ihre Errungenschaften nehmen lassen wird. In seinem Schlußwort erklärte Kollege Lohse, daß wir durchaus in der Lage sind, einen Großkampf zu finanzieren. Die Mitgliederchaft steht voll und ganz hinter der Entscheidung, die sie in der vorigen Versammlung gefaßt hat. Dann berichtete Kollege Andree, daß der Kollege Hellwege an Stelle des Kollegen Betram die Tätigkeit als Hauskassierer antreten wird.

**Kottbus.** Einen äußerst zahlreichen Besuch hatte die letzte Zahlstellenversammlung, die am 15. Oktober im „Volkshaus“ stattfand, aufzuweisen. Reichhaltig war die Tagesordnung, die u. a. auch einen Bericht des Gauleiters Kollegen Stichert (Stettin) über den Zwangschiedspruch von Frankfurt a. M. vorsah. Nach Erledigung einiger Eingänge gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht über die vom Ortsrat getragenen Beschlüsse. Anschließend erkrankte der Kassierer Kollege Kullto den Kassierbericht vom verfloffenen Quartal. Die Folgen der Wirtschaftskrise sind auch in unserer Zahlstelle zu spüren. Fast  $\frac{1}{2}$  der Mitglieder ist arbeitslos. Die noch in Arbeit stehenden Mitglieder arbeiten fast alle verkürzt. Dieses alles wirkt auch auf die Kasienverhältnisse ein. Der Bestand der Lokalfasse sinkt von Quartal zu Quartal. Um hier Abhilfe zu schaffen, hatte die Ortsverwaltung einen Antrag eingebracht. Der Antrag der Ortsverwaltung: 1. Die Spezialisten herabzusetzen, 2. die Vergütung für die Betriebskassierer ebenfalls herabzusetzen, wurde von der Versammlung ohne Debatte einstimmig angenommen. Nun berichtete Gauleiter Kollege Stichert das Wort zu seinem Bericht über den Schiedspruch von Frankfurt a. M. Kollege Stichert ging einleitend auf die Vorgeschichte der Tarifverhandlungen ein. Dann schilderte er das eigenartige Verhalten des Schlichters, der diesen Schiedspruch erzwang. Lange werden sich die Unternehmer ihres Sieges nicht freuen dürfen. Am 11. November läuft dieser Schiedspruch ab, und der Weg zu neuen Verhandlungen steht uns dadurch offen. Daß wir ein zweites Mal solchen Schiedspruch ohne Widerstand hinnehmen werden, ist ausgeschlossen. Wir können und werden etwas erreichen, wenn die Kollegenchaft geschlossen hinter der Verbandsleitung steht. Lebhafter Beifall befandete, daß die Versammlung mit den Ausführungen des Kollegen Stichert einverstanden war, und in der anschließenden Debatte kam einmütig im Ausdruck, daß die von der Verbandsleitung getroffenen Maßnahmen die richtigen sind. Nach Beantwortung einiger Anfragen wurde die glänzend verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden mit dem Appell an die Mitglieder, immer so zahlreich wie heute zur Stelle zu sein, wenn die Organisation ruft, nach etwa dreistündiger Dauer geschlossen.

**Würgburg.** In einer Versammlung am 14. Oktober sprach Kollege Keckling (Kürnberg) über „Lohnkürzung und Notverordnung“. Kollege Keckling zeigte den Mitgliedern nach den Ereignissen der letzten Zeit, wie die Unternehmer gegen die Arbeiterkraft vorgegangen sind. Die letzten Notverordnungen bringen der Wirtschaft keinen Vorteil, sie stellen eine einseitige Belastung der Arbeiter und Angehörigen dar und geben den Unternehmern Milliardengewinne auf Kosten des arbeitenden Volkes. Wie sich die Unternehmer im Buchdruckgewerbe, besonders hier in Würgburg, unternahm gegenüber verhalten haben, behandelte der Referent besonders eingehend. Der Vortrag fand aufmerksame Zuhörer. Die Mitglieder werden bei der Neuaufstellung der Löhne zeigen, daß sie nicht willens sind, sich Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gefallen zu lassen. Einige örtliche Angelegenheiten kamen zur Sprache, wobei Kollege Keckling um Rat befragt wurde. Er gab mit erläuternden Beispielen weitgehend Aufklärung und ermahnte die Anwesenden, dem Verbande die Treue zu wahren und dafür zu sorgen, daß die noch Fernstehenden der Organisation zugeführt werden.

## Mündschau

**Sprachkurs für Erwachsene in Groß-Berlin.** Anfang November beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins neue Anfangskurse für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Für Teilnehmer mit Vorkenntnissen laufen besondere Mittel- und Oberkurse. Gleichzeitig beginnt ein Kursus für „Eingetragene“ sowie „Nichtingetragene“. Dieser Kursus wird behandelt: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Sprachlehre und Satzgebunden; Fremdwortkunde, „mit oder nicht“, grammatische Schwierigkeiten, Satzlehre, Anfertigung von Aufsätzen usw. Zur Dedung der Unkosten wird für einen Kursus ein Beitrag von 5 M. erhoben, Berufstätige zahlen 9 M. Die Lehrmittel werden in allen Kursen unentgeltlich geliefert. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule: Berlin N. 24, Friedrichstraße 134 (nahe Stadt- und Untergrundbahn Friedrichstraße). Das Schulbüro ist werktäglich außer Sonnabends von 2 Uhr mittags bis 8 Uhr abends geöffnet.

**Ein wichtiges Gewerbe wird zerstückelt.** Es gibt kein Gewerbe, das mit Steuern und Abgaben so belastet ist als das Kraftfahrzeuggewerbe. Rund eine Million Kraftfahrzeuge müssen jährlich 518 Millionen Staatslasten aufbringen. Diese ungeheure Belastung hat zu einer starken Schädigung der Autoindustrie und all den Zweigen geführt, die mit dem Kraftfahrzeuggewerbe zusammenhängen. In den letzten zwei Jahren ist die Belastung der Kraftfahrzeuge in kurzen Abständen nicht weniger als fünfmal erhöht worden. Im vergangenen Winter wurden 250 000 Kraftwagen stillgelegt. Ein Vermögen von 500 Millionen lag vollständig brach. Man schätzt die stillgelegten Kraftfahrzeuge im kommenden Winter auf 400 000. Im deutschen Kraftfahrzeuggewerbe werden etwa 500 000 Menschen beschäftigt. Daß die Arbeitslosigkeit durch eine derartige Belastung außerordentlich erhöht wird, dürfte jedem erklärlich sein. Die Regierung unternimmt die verwerflichsten Verluste, die Wirtschaft anzuführen. Zur gleichen Zeit zerstückelt sie einen großen Zweig des modernen Verkehrs.

**Das Buch als Freund in der Not.** In den Volksbüchereien Berlins sind im Jahre 1931 3 275 686 Bücher ausgeleihen worden. Die Zahl der Besucher in den Lesesälen betrug 1 044 137. Die Stadtbibliothek hat 251 632 Bücher aus-

geliehen und in ihrem Lesesaal 123 429 Besucher gehabt. Diese gemaltige Zahl von Lesern in den öffentlichen Bibliotheken erhärtet die Tatsache, daß das Buch als ein Freund in der Not angesehen wird. **Streikbefehl für die deutsche SPD.** Die kürzlich veröffentlichten Beschlüsse des Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale lassen wieder einmal das Ende des Kapitalismus nahe sein. Es wird festgestellt, daß die Stabilisierung des Kapitalismus bald vorbei ist und eine Periode neuer Revolutionen und Kriege in Aussicht steht. Naturgemäß wird nicht verabsäumt, in Richtlinien den einzelnen Landesorganisationen die Tätigkeit der nächsten Zeit vorzuschreiben. Von der deutschen Kommunistischen Partei wird stärkere Aktivität in der nächsten Zeit gefordert. Die Herbeiführung von politischen Massenstreiks wird als deren dringlichste Aufgabe bezeichnet. Ähnliche Parolen sind an den deutschen Zweig der Komintern schon öfters ergangen. In der Regel sind die Befehle von Moskau unausgeführt geblieben. Doch mandata haben deutsche Proletarier dafür sehr schwer büßen müssen. Für die deutsche Arbeiterkraft ist der Bestand der SPD. eine Tragödie. Daneben ist es verhängnisvoll, daß eine deutsche Arbeiterpartei sich lediglich als Zweig des russischen Bolschewismus fühlt und seinen Plänen bedingungslos gehorcht.

## Literatur

**Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.** Berlin 1932. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14, 325 Seiten. Ladenpreis gebunden 6,80 M., kartoniert 4 M. Organisationspreis gebunden 5,10 M., kartoniert 3,50 M. Der dritte Band der Jahrbücher des ADGB. (Jahrbuch 1931) liegt nunmehr vor. Jahrbücher sind nicht nur Zeitzeugnisse, denn das Jahrbuch des Verbandes bzw. der Bundeszentrale — und dies unterscheidet es eigentlich von einem „Gesellschafts-“ bzw. „Tätigkeitsbericht“ — greift weit über den Rahmen einer Berichterstattung über die Gutachten und die Tätigkeit der Organisation hinaus, von der es heranzugehen wird, und führt auch über verschiedene weitere Fragenkomplexe — insbesondere über die wirtschaftliche und sozialistische Entwicklung — den Leser an orientieren und so auch zu einem Nachschlagebuch für die tägliche Praxis zu werden. Es ist vornehmlich für die Tätigkeit der Organisation im allgemeinen, ein Jahrbuch ist vornehmlich der Gegenwart dienend. Der Aufbau des Jahrbuchs, in den Gewerkschaftsfreien wohl bekannt, ist unverändert geblieben: nur der Umfang des Berichtes ist diesmal etwas geringer (204 Druckbogen gegen 244 im 28. in den zwei vorangegangenen Jahren). Es wird wohl allgemein begrüßt, daß diese Einschränkung den stattdessen Anhang nicht berührt hat, der, in dem Jahrbuch 1928 erstmalig ausgedruckt, alljährlich von Jahr zu Jahr — auch diesmal — erweitert wird. Auch im Textteil wird das Jahrbuch arbeitschaftlich immer mehr ausgebaut, wobei hier in den letzten Jahren sichtbar großer Fortschritt gelangt wird, das Jahrbuchmaterial in lebendiger, zum Teil anschaulicher Form darzustellen und die Kunst „zahlen zu lesen“ in den Gewerkschaftskreisen zu fördern. Die Aufhebung der Zensur und die Befreiung der sozialen Kampfe führen die Gewerkschaften vor die Aufgabe, für die weiteren Kämpfe energisch zu rücken. Für die gewerbliche Mitwirkung der Gewerkschaften bildet das Jahrbuch des Bundes eine wertvolle Bereicherung.

**„Gewerkschaftskritik.“** Monatshefte für Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung. Hrsg. v. H. Seifrage. „Sozialökonomische Rundschau.“ Herausgegeben von Karl Swing, Jena, Oktoberheft 1932. Verlag Karl Swing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,00 M. **„Gewerkschaft.“** Beilage für gesundheitliche Lebensführung des Berufsständes. Hrsg. v. H. Seifrage. „Sozialökonomische Rundschau.“ Herausgegeben von Karl Swing, Jena, Oktoberheft 1932. Verlag Karl Swing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahresabonnement 3,00 M. **„Urania.“** Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Weltanschauung mit den händlichen Beilagen „Sozialer Wandern“, „Der Welt“, der Liebesgaben und den vierteljährlich herausgegebenen Buchbeständen.

## 68 Tageszeitungen

erscheinen in Berlin. Nur eine einzige von ihnen vertritt die großen Massen, die hinter der Sozialdemokratischen Partei stehen.

## 722 064 Wähler

haben bei der vorigen Reichstagswahl in Berlin ihre Stimme für die SPD. abgegeben. Der

## „Vorwärts“

ist die einzige, täglich erscheinende sozialdemokratische Zeitung in Berlin und das Zentralorgan der

## 7 953 986 Männer und Frauen

die im Reich für die SPD. gestimmt haben. Verlangen Sie kostenlose Probennummer vom „Vorwärts“, SW 68, Lindenstraße 3.

Am 17. Oktober verstarb unser langjähriges Mitglied und lieber Kollege

**Max Reun**

(„Frankfurter Nachrichten“)

im Alter von 55 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm.

Die Mitglieder der Zahlstelle Frankfurt a. M.

## Abrechnungen

In der Woche vom 17. bis 22. Oktober sind die Abrechnungen des 3. Quartals für Gau 8 aus Berlin bei der Verbandskasse eingegangen.

Berlin, den 22. Oktober 1932. Heinrich Rodahl.

Für die Woche vom 23. Oktober bis 29. Oktober ist die Beitragskarte in das 4. Feld des Mitgliedsbuchs oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: R. Schulte Charlottenburg. Vertriebsstelle: S. Reunert; Amt Berlin 1932. — Verlag: S. Rodahl Charlottenburg. Verbandsleiter: Vorstand der arbeitslosen Hilfsarbeiter u. arbeitslosen Deutschlands. Verbandsvorsitzender: Charlottenburg 9. Weichselstraße 5. — Druck: Buchdruckwerkstätte Gmbh. Berlin SW 61. Dreilindstraße 5.